

Rußlands Politik im „postsowjetischen Raum“. Aktuelle Entwicklungen und Szenarien künftiger Konflikte

I. Allgemeines

Die UdSSR wird heute in Rußland allgemein nicht mit Totalitarismus, Unterdrückung und Hochrüstung, sondern mit sozialer Sicherheit, Ordnung und Supermachtstatus identifiziert. Sämtliche Meinungsumfragen zeigen, daß ihr Zerfall im Dezember 1991 von einer großen Mehrheit entschieden abgelehnt und als nationale Tragödie, Katastrophe und Schande empfunden wird. Als verantwortlich dafür gelten vor allem der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und der russische Präsident Boris Jelzin. Es ist auch die Überzeugung verbreitet, daß der Westen das Ende der UdSSR gewünscht und zumindest beschleunigt hat.

Der „patriotische Konsens“ in Rußland, der seit 1993/94 sämtliche relevanten politischen Kräfte - die schwachen „Demokraten“, der Regierung nahestehende Gruppierungen ebenso wie die dominierenden Kommunisten und Nationalisten - auf der Grundlage ähnlicher bis identischer Auffassungen zu den grundlegenden innen- und außenpolitischen Fragen vereint, lehnt den Status quo von Ende 1991 als „ungerecht“, „unfair“, „widernatürlich“, „ahistorisch“ usw. ab und postuliert explizit seine Revision¹. Der Direktor des Instituts für russische Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Prof. Andrej Sacharow (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Friedensnobelpreisträger), gab der herrschenden Stimmung treffend Ausdruck: „Es ist völlig offensichtlich, daß die Rückkehr Rußlands zu den Grenzen vom Ende des 18. Jahrhunderts, der Verlust der günstigen Zugänge zum Weltmeer, der Verlust seiner historischen Territorien und der Verlust von 25 Mio. Landsleuten in den GUS-Ländern ein historischer Nonsens ist, den jeder Russe für einen vorübergehenden Zustand hält“².

In Rußland wird seit Anfang 1992 allgemein zwischen dem „nahen Ausland“, d.h. den anderen GUS-Staaten, und dem „fernen Ausland“ (also dem „Rest der Welt“) unterschieden. Dies deutet bereits an, daß man den früheren Sowjetrepubliken einen niedrigeren „Grad an Unabhängigkeit“ als allen anderen Ländern zubilligt. Es erklärt auch den Umstand, daß das vor den Toren St.Petersburgs gelegene Finnland „fernes“, das Tausende Kilometer von Zentralrußland entfernte mittelasiatische Tadschikistan dagegen „nahes“ Ausland ist.

Die Kremlführung forciert vor allem seit 1993 eine möglichst enge Anbindung der früheren Sowjetrepubliken an Rußland. Moskau spricht in diesem Zusammenhang offiziell von „Integration in der GUS“, aber auch von „strategischer Partnerschaft“³ und „gemeinsamen“ Aktivitäten und Initiativen, was den Anschein gleichberechtigter Beziehungen erwecken soll. Tatsächlich ist das Verhältnis Rußlands zu den anderen Mitgliedsstaaten der GUS vom Bestreben geprägt, die eigenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ziele durchzusetzen. Die Interessen der GUS-Länder sind aus der Sicht Moskaus nur soweit „legitim“, als sie mit russischen übereinstimmen bzw. vereinbar sind, und

¹ Vgl. Gerhard Simon: Auf der Suche nach der „Idee für Rußland“. In: Osteuropa 12/1997, S.1173f.

² Gastbeitrag, in: Nezavisimaja gazeta 11.6.1996, S.5.

³ Vgl. Olga Alexandrova: „Strategische Partnerschaft“ aus russischer Sicht. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [BIOst] 24/1997, S.25ff.

das Prinzip der „Nichteinmischung“, auf das Rußland sonst sehr großen Wert legt (so auch z.B. bei der Eskalation der Krise im Kosovo im März 1998, die als „innere Angelegenheit Serbiens“ bezeichnet wurde), scheint für seine eigene Politik gegenüber den GUS-Staaten nicht zu gelten.

Die anderen GUS-Mitglieder haben - sofern sie es überhaupt wollen - aufgrund der stark ungleich verteilten Potentiale in Politik, Militär und Wirtschaft lediglich (mehr oder weniger) eingeschränkte Möglichkeiten, sich dem russischen Zugriff zu entziehen. Rußland gilt nach wie vor als Großmacht und hat den ständigen Sitz der UdSSR im UNO-Sicherheitsrat übernommen. Es ist die einzige Atommacht unter den GUS-Staaten, und seine Streitkräfte sind sehr viel größer und stärker als die Armeen aller anderen früheren Sowjetrepubliken zusammen. Der zweitwichtigste Staat der GUS, die Ukraine, hat nur ca. ein Drittel der Einwohner Rußlands, wozu noch eine hochgradige Abhängigkeit von russischen Rohstoffen, Energieträgern und Halbfabrikaten kommt. Kleinstaaten wie Moldowa, Armenien, Georgien und Kirgisien (die auch - im Unterschied zu Aserbaidshan, Kasachstan und Usbekistan - nur über wenige oder keine Bodenschätze verfügen) sind in ihrer Entscheidungsfreiheit gegenüber Moskau erst recht stark eingeschränkt. Zudem ist Rußland mit 17 Mio. Quadratkilometern mehr als dreimal so groß wie alle anderen GUS-Staaten zusammen.

Während die Jelzin-Führung meist „nur“ von der „Notwendigkeit“ einer möglichst engen „Integration“ der GUS-Staaten spricht, strebt die kommunistische und nationalistische Opposition offen und aktiv eine Wiederherstellung der UdSSR an, womit zwangsläufig zumindest elf Staaten (mit dem Baltikum 14) das Recht auf Unabhängigkeit bestritten wird. Dieses Ziel ist etwa im Programm der mit Abstand stärksten Partei des Landes, der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation (KPRF), verankert. Am 15.3.1996, d.h. im Vorfeld des letzten Präsidentschaftswahlkampfes, beschloß die Staatsduma (Unterhaus des Parlaments), daß die Abkommen über die Schaffung der GUS vom Dezember 1991 „in jenem Teil keine juristische Kraft hatten und haben, der sich auf die Auflösung der UdSSR bezieht“⁴. Dies ist jedoch kein Widerspruch zur Linie der Kremlführung, sondern eine Ergänzung. So meinte der kommunistische Spitzenpolitiker Anatolij Lukjanow (der in den Putschversuch im August 1991 verwickelt gewesen war) zu der Dumaentscheidung, daß man Jelzin „nur in seinen Integrationsvorhaben helfen“ habe wollen⁵, und KPRF-Anführer Gennadij Sjuganow, sonst ein heftiger Kritiker des Präsidenten, garantierte diesem bei allen Aktivitäten, die auf eine „Integration“ in der GUS gerichtet seien, die Unterstützung der Kommunisten. Nach seinem Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen Mitte 1996 holte Jelzin Aman Tulejew, einen den Kommunisten nahestehenden Politiker, als für die GUS zuständigen Minister in die Regierung.

Das Hauptmotiv für das russische Interesse an der „Integration“ ist offenkundig: Mit ihrer zunehmenden Enge nimmt die Kontrolle Rußlands über die anderen GUS-Republiken zu und gleichzeitig deren Bewegungsfreiheit ab. Die „Integration“ wurde denn auch als „Fortsetzung der Sowjetunion mit anderen Mitteln“ bezeichnet⁶. Zudem bedeutet jede Intensivierung der „Integration“ nicht nur für Kommunisten und Nationalisten einen Schritt in Richtung Wiederherstellung der UdSSR. Besondere Bedeutung hat aus Moskauer Sicht das Verhältnis zu dem von Präsident Alexander Lukaschenko autoritär regierten Belarus. Die Militärzeitung „Roter Stern“ meinte, daß durch die „Annäherung“ der beiden Länder „der reale Prozeß des Sammelns des Landes des früheren ‚sechsten Teils des Festlandes‘“ (- so nannte sich früher

⁴ Zitiert nach Segodnja 16.3.1996, S.1.

⁵ Zitiert nach Novoe vremja 12/1996, S.7.

⁶ Veronika Wendland: Die ukrainischen Länder 1945 bis 1993. In: Frank Golczewski (Hg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, S.305.

die UdSSR, M.M.) beginne⁷. Damit spielte ein amtliches russisches Organ direkt auf die Wiedererrichtung der Sowjetunion an.

Die russischen Bemühungen um möglichst enge „Integration“ in der GUS kontrastieren auffällig mit den wiederkehrenden Warnungen vor einem „Zerfall Rußlands“, dessen Wahrscheinlichkeit (in Rußland wie auch im Westen) vielfach klar übertrieben dargestellt wurde; tatsächlich hat alleine Tschetschenien, das etwa so groß wie die Steiermark ist, aktiv den Austritt aus dem russischen Staatsverband betrieben.

In Rußland herrschen folgende grundsätzliche und allgemein anerkannte Auffassungen zur Politik in der GUS: 1. Sie steht allgemein an erster Stelle der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten; 2. die „Integration“ der GUS ist „lebenswichtig“, es gibt zu ihr keine Alternativen; 3. die „Integration“ ist nicht ausreichend intensiv; 4. der Westen will die „Integration“ verhindern, behindern, sabotieren, stören usw. und Rußland „aus der GUS verdrängen“. - Für letzteres werden allerdings nie reale Belege angeführt.

II. Die Ziele Rußlands in der GUS

Die Ziele der russischen Politik in der GUS gehen aus Stellungnahmen von Politikern, Militärs, Wirtschaftsfunktionären, Wissenschaftlern, Diplomaten und Journalisten sowie aus Rechtsakten und anderen offiziellen Dokumenten klar hervor:

- 1) Moskau will mit den Worten des bekannten Osteuropahistorikers Andreas Kappeler allgemein „seine wirtschaftliche und politische Dominanz über den postsowjetischen Raum ... erhalten“⁸. Der seinerzeitige (im Westen als vermeintlich „liberal“ geschätzte und in Rußland bis heute immer wieder für seine „Nachgiebigkeit“ kritisierte) Außenminister Andrej Kosyrew erklärte bereits im Herbst 1993 vor der UNO, daß das „ferne Ausland“ damit einverstanden sein müsse, daß Rußland in seinem „Hinterhof“, d.h. der GUS, unternimmt, was es für richtig hält⁹. In Jelzins grundlegendem Erlaß „Der strategische Kurs Rußlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS“ (1995) heißt es, daß „im Zusammenwirken mit dritten Ländern und internationalen Organisationen von ihrer Seite Verständnis erreicht werden“ solle, „daß diese Region (d.h. die GUS, M.M.) vor allem Interessenzone Rußlands ist“¹⁰. Daher darf es in den GUS-Staaten keine ihm seiner Auffassung nach „feindlich“ gegenüberstehende Regierungen geben¹¹. Zudem bemüht sich Moskau, die ehemaligen Sowjetrepubliken von externen Einflüssen - und vor allem vom Westen - möglichst fernzuhalten.
- 2) Moskau wünscht eine so weit wie möglich abgestimmte bzw. sogar „gemeinsame“ Außen- und Sicherheitspolitik der GUS-Staaten. - Es verweist u.a. auf eine angebliche „gemeinsame Bedrohung“ der GUS durch die NATO bzw. deren Osterweiterung¹². Aus seiner Sicht ist der Beitritt eines GUS-Landes zur NATO (oder einem anderen Militärbündnis) grundsätzlich ausgeschlossen.

⁷ Krasnaja zvezda 1.4.1997, S.1.

⁸ Andreas Kappeler: Russische Geschichte. München 1997, S.70.

⁹ Nach Anna Kreikemeyer/Andrej V. Zagorskij: Rußlands Politik in bewaffneten Konflikten in der GUS. Baden-Baden 1997, S.71.

¹⁰ Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii 38/1995, S. 6846.

¹¹ Nach V.V. Serebrjannikov u.a.: Bezopasnost' Rossii i armija. Moskva 1995, S.241.

¹² Allerdings haben mehrere GUS-Mitglieder (vor allem die Ukraine, Aserbaidshan, Georgien und Usbekistan) deutlich gemacht, daß sie die russische Bedrohungsperzeption nicht teilen, die NATO nicht als Gefahr ansehen und mit ihr - u.a. im Rahmen der „Partnership for Peace“ (PfP) - zusammenarbeiten wollen.

- 3) Die ehemaligen Sowjetrepubliken müssen militärisch eng mit Rußland verbunden bleiben.
- Moskau strebt nach wiederholtem eigenem Bekunden einen „einheitlichen Verteidigungsraum im Rahmen der GUS bei einer organisierenden Rolle Rußlands“ an¹³.

Auch wenn russische Vertreter, darunter Jelzin, für den Fall einer NATO-Osterweiterung immer wieder mit der Gründung eines „militärpolitischen Bündnisses“ der GUS gedroht haben, spielen der Westen bzw. die NATO (oder sonstige äußere Einflüsse) bei der Formulierung und Umsetzung der russischen Politik in der GUS keine signifikante Rolle. Rußland benötigt keine Ausdehnung der NATO, um auf einer möglichst engen „Integration“ der GUS auch im militärischen Bereich zu bestehen.

Nach dem 1. stellvertretenden Chef des Stabes zur Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten der GUS, dem ehemaligen belorussischen Verteidigungsminister Generalleutnant Leonid Malzew, ist die Schaffung von „gemeinsamen Streitkräften der GUS“ eine „Sache der entfernten Perspektive“¹⁴, aber offenbar nach wie vor deklariertes Ziel. Bis dahin will Rußland in den GUS-Staaten „befreundete Armeen“ aufstellen, die weitgehend von ihm abhängig sind. Dazu gehört, daß diese Armeen weiter nur mit sowjetischen bzw. russischen Waffen ausgerüstet bleiben, ihre Offiziere zumindest teilweise in russischen Militärakademien ausgebildet werden und russische Militärs in den Armeen anderer GUS-Staaten Dienst versehen können. Zudem sollen nach russischer Intention die Rüstungsindustrien der GUS-Staaten eng miteinander (und nicht mit dritten Ländern) kooperieren.

- 4) Rußland muß in der GUS weiterhin Militärstützpunkte unterhalten.
- 5) Bei der Vermittlung von Konflikten in der GUS muß Rußland - und nicht dritte Länder oder internationale Organisationen wie die OSZE (die Moskau ansonsten gegenüber der NATO aufwerten will) und die UNO (von der NATO ganz abgesehen) - die führende Rolle spielen.
- 6) In Krisengebieten der GUS dürfen nur „Friedenstruppen“ aus Rußland (mit Hilfsfunktionen für Soldaten aus anderen GUS-Ländern) zum Einsatz kommen.
- 7) Rußland möchte seinen Grenzschutz so weit wie möglich an der sog. „Außengrenze“ der GUS (= „Abschnitte der Staatsgrenzen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit Staaten, die nicht der Gemeinschaft angehören“¹⁵) und nicht an den eigenen Grenzen zu den früheren Sowjetrepubliken organisieren. Moskau betrachtet die „Außengrenzen“ der GUS als „gemeinsame Grenzen“ (des jeweiligen GUS-Staates und Rußlands), die daher so weit wie möglich auch „gemeinsam“ - d.h. u.a. durch die Stationierung russischer Grenzsoldaten - bewacht werden müssen. Moskau untermauert seinen Standpunkt auch mit der Behauptung, daß vor allem die kleinen GUS-Republiken nicht in der Lage seien, illegale Grenzübertritte, Schmuggel von Menschen, Waffen, Rauschgift usw. zu verhindern, sodaß Rußland „helfen“ müsse. Allerdings wird damit - im Widerspruch zum Völkerrecht - indirekt zwischen zwei verschiedenen Arten von Grenzen von GUS-Mitgliedern, nämlich „inneren“ und eben „äußeren“, unterschieden.
- 8) Die ehemaligen Sowjetrepubliken müssen wirtschaftlich nach Rußland orientiert bleiben. - Russische Stimmen zeigen sich immer wieder vom Ausmaß des Handels der anderen GUS-Staaten mit dem „fernen Ausland“ beunruhigt. Rußland fürchtet einerseits um seine

¹³ General Viktor Samsonow, damals Chef des Stabes zur Koordination der militärischen Zusammenarbeit in der GUS; zitiert nach Krasnaja zvezda 28.7.1995, S.3.

¹⁴ Leonid Mal'cev: Formula Sodruzestva: Uvazenie, partnerstvo, integracija. In: Orientir 2/1998, S.21.

¹⁵ So die Definition des Begriffs in Art. 1 des von sechs GUS-Präsidenten unterzeichneten „Abkommens über das Zusammenwirken der Grenztruppen von Mitgliedstaaten der GUS bei der Entstehung von Krisensituationen an den äußeren Grenzen“ vom 17.5.1996 (in: Internationale Politik 1/1997, S.90ff.).

Absatzmärkte in der GUS und andererseits um seinen auch über Wirtschaftsbeziehungen vermittelten Einfluß in diesen Staaten. Zudem will sich Rußland weiteren Zugang zu den Bodenschätzen der GUS-Staaten sichern. So meinte der damalige Energieminister Jurij Schafranik 1994: „Rußland muß Zugang zu den Ressourcen der GUS-Staaten haben. Wir haben das ... doch alles geschaffen“¹⁶. Diese Politik zeigt sich besonders anschaulich bei den Kontroversen um die Ausbeutung des Öls im Kaspischen Meer und seinen Abtransport in den Westen (siehe Kap. IV.3.).

- 9) Jelzins erwähnter Erlaß „Der strategische Kurs ...“ fordert auch, „den Kulturaustausch Rußlands mit dem nahen Ausland, die Zusammenarbeit mit ihm auf den Gebieten Wissenschaft, Bildung und Sport zu aktivieren“. Russische Fernseh- und Radiosendungen müßten in der GUS „sichergestellt“, die russische Presse dort verbreitet und „nationale Kader“ der GUS-Staaten in Rußland ausgebildet werden. Zudem sei die junge Generation in den GUS-Staaten im „Geiste freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland“ zu erziehen¹⁷. Schließlich ist noch die russisch-orthodoxe Kirche zu nennen, die weitere Einflußmöglichkeiten Rußlands in der GUS und im Baltikum eröffnet.

III. Die Instrumente Rußlands in der GUS

Moskau stehen von einer russischen Wirtschaftszeitschrift aufgezählte „Hebel“ zur Verfügung, mit denen es die GUS-Staaten (wie auch das Baltikum) bereits beeinflusst bzw. im Bedarfsfall relativ leicht beeinflussen könnte: Unterstützung der russischen Minderheiten in den GUS-Staaten, Unterstützung separatistischer Bewegungen, Einflußnahme auf die Zusammensetzung der herrschenden Eliten durch Einfluß auf die Wähler (über die Massenmedien), Verbale und praktische „Erinnerungen“ an ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland, Einfluß des russischen Kapitals auf den GUS-Märkten, Schaffung eines schlechten Images der GUS-Staaten in den internationalen Beziehungen zur Verringerung ihrer Anziehungskraft für dritte Länder usw.¹⁸.

III.1. Die „Russischsprachigen“

Der Zerfall der Sowjetunion hat dazu geführt, daß ca. 25 Mio. Russen außerhalb des von Moskau regierten Territoriums leben. Sie und die anderen „Russischsprachigen“ (= andere russifizierte Slawen, vor allem Ukrainer und Belorussen) gelten in Rußland oft ohne Rücksicht auf ihren rechtlichen Status - sie alle haben die Staatsbürgerschaft des jeweiligen GUS-Staates, in dem sie leben - als „Landsleute“, deren Rechte „verletzt“ werden, zumindest aber immer „gefährdet“ sind. Die (der GUS nicht angehörenden) baltischen Staaten - und v.a. Estland und Lettland - sind seit 1992 wegen angeblicher „Diskriminierung der Russischsprachigen“ erheblichem politischem Druck Moskaus und einem publizistischen Trommelfeuer ausgesetzt (vgl. Kap. IV.1.). Die rhetorische Anteilnahme am Schicksal der „Russischsprachigen“ steht in Rußland auf einem sicheren populistischen Fundament. Immer wieder wird gefordert, gegen jene Staaten, die ihre Rechte angeblich mißachten, Sanktionen (bis hin zu militärischen Strafaktionen) zu ergreifen. Auch Kosyrew erklärte wiederholt, daß Rußland die „Rechte der Russischsprachigen“ wenn nötig gewaltsam „schützen“ werde. Bisher ist es jedoch nicht dazu gekommen.

¹⁶ Zitiert nach Clive Schofield/Martin Pratt: Claims to the Caspian Sea. In: Jane's Intelligence Review 2/1996, S.77.

¹⁷ A.a.O. (Anm. 10), S.6847.

¹⁸ Nach Delovye ljudi 5/1996, S.75.

Moskau möchte trotz aller angeblicher „Diskriminierung“ und „Unterdrückung“ nicht, daß die „Russischsprachigen“ übersiedeln. Moskau müsse, so Außenminister Jewgenij Primakow, dafür sorgen, daß „die Russen, die im Ausland leben, dort ansässig bleiben und nicht nach Rußland gebracht werden“¹⁹. Die Gründe dafür sind offensichtlich: Erstens hat Rußland bereits große Probleme mit Flüchtlingen und Übersiedlern vor allem aus Mittelasien, und zweitens eröffnen die „russischsprachigen“ Minderheiten in den Ländern der GUS und des Baltikums Möglichkeiten, um auf die neuen Staaten (und v.a. die Ukraine, wo fast die Hälfte der Russen außerhalb Rußlands lebt) Druck auszuüben.

Der Einsatz der russischen Außenpolitik für Menschenrechte ist sehr selektiv und im wesentlichen auf die Lage der „Russischsprachigen“ in den früheren Sowjetrepubliken beschränkt. So erregen die Menschenrechtsverletzungen in Belarus, Tadschikistan, China, Nordkorea, dem Iran, dem Irak und Serbien (Kosovo) nie das Mißfallen Moskaus, da diese Länder als Verbündete angesehen werden. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit Moskau angesichts seines eigenen Umgangs mit Minderheiten - und vor allem der Militärintervention in Tschetschenien (1994-96) - legitimiert ist, Verletzungen von Menschen- und Minderheitenrechten in anderen Ländern zu inkriminieren.

III.2. Militär

Der militärische Bereich zählt aus der Sicht Rußlands zu den prioritären Bereichen der „Integration“ in der GUS. Vor allem auf seine Initiative wurden seit 1992 zahlreiche einschlägige Institutionen geschaffen sowie bi- und multilaterale Verträge abgeschlossen.

Institutionen. Maßgeblich auch in Fragen von Militär und Sicherheit sind der Rat der Staatsoberhäupter der GUS und der Rat der GUS-Regierungschefs, der u.a. Angelegenheiten der Rüstungsindustrien koordiniert. Dazu kommt der 1992 gegründete Rat der Verteidigungsminister der GUS. Sein „ständig tätiges Arbeitsorgan“ ist der Anfang 1994 entstandene „Stab zur Koordination der militärischen Zusammenarbeit in der GUS“, der bisher stets von einem russischen Offizier (derzeit Armeegeneral Viktor Prudnikow) geleitet wurde. Ein weiteres Organ des Rates der Verteidigungsminister ist das (definitiv 1996 formierte) Komitee der Stabschefs der GUS-Armeen²⁰.

Nach russischen Vorstellungen soll die Luftabwehr zum Kern der militärischen „Integration“ werden. Alle GUS-Staaten bis auf Aserbaidschan und Moldowa haben die „Vereinbarung über die Schaffung eines vereinigten Luftabwehrsystems der Teilnehmerstaaten der GUS“, das der russischen Militärzeitung zufolge „erfolgreich funktioniert und sehr aussichtsreich“ ist²¹, unterzeichnet. Für einschlägige Fragen ist das „Koordinierungskomitee für Fragen der Luftabwehr beim Rat der Verteidigungsminister der GUS“ verantwortlich.

Vertrag über kollektive Sicherheit. Im Mai 1992 schlossen Rußland, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan (später kamen noch Georgien, Aserbaidschan und Belarus dazu) einen „Vertrag über kollektive Sicherheit“ ab, der in seinem Art. 4 einen Angriff auf einen der Teilnehmerstaaten als Angriff auf alle definiert und damit dem Art. 5 des NATO-Vertrages entspricht. Aserbaidschan wollte den Vertrag über kollektive Sicherheit (im Hinblick auf seine Konfrontation mit Armenien um die armenische Exklave Berg-Karabach; vgl. Kap. III.3.) bei seinem Beitritt Ende 1993 auch für den Fall eines Konflikts

¹⁹ Zitiert nach Austria Presse Agentur (APA)671, 9.1.1997.

²⁰ Für Einzelheiten vgl. Valerij Remarcuk: Sostojanie i perspektivy voennogo sotrudnicestva gosudarstv-ucastnikov Sodruzestva Nezavisimych Gosudarstv. In: Orientir 6/1997, S.50f.

²¹ Krasnaja zvezda 15.10.1997, S.1.

zwischen Vertragsparteien angewandt wissen, doch lehnte Moskau dies mit Hinweis ab, daß sich das Dokument nur auf von außerhalb der GUS kommende Bedrohungen bezieht²².

Russische Militäreinrichtungen. Rußland unterhält in Skrunda (Lettland) noch bis Ende August 1998 eine Radarstation, die Teil seines strategischen Frühwarnsystems für Raketenangriffe ist, sowie in anderen GUS-Staaten ca. 30 Militärstützpunkte und -objekte. Besonders bedeutend ist die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim (Ukraine). Im Dnjestr-Gebiet (Moldowa) steht nach wie vor die frühere 14. Armee (jetzt „Operative Gruppe russischer Truppen“). In Georgien besitzt die russische Armee aufgrund eines 1995 unterzeichneten und auf 25 Jahre anberaumten (wenngleich bisher in beiden Ländern nach wie vor nicht ratifizierten) Abkommens Basen in Wasiani, Achalkali und Batumi. Dort stehen nach russischen Angaben über 7.500 Soldaten, 76 Panzer, 400 Panzerfahrzeuge und 153 Artilleriegeschütze. Dazu kommen noch „Friedenstruppen“ in Abchasien (1.500 Mann mit 7 Panzern, 127 Panzerfahrzeugen und 16 Artilleriegeschützen) und Südossetien²³. Ein Abzug der russischen Kontingente zeichnet sich trotz großer Skepsis in der georgischen Öffentlichkeit und wiederkehrender russischer Kritik an angeblich mangelnder georgischer „Gastfreundschaft“ nicht ab. In Aserbaidshans betreibt Rußland nahe dem Bezirkszentrum Gabalin eine weitere Frühwarnstation für Raketenangriffe. In Armenien, dem Erzfeind Aserbaidshans, steht die russische Armee mit 4.300 Mann, 74 Panzern, 158 Panzerfahrzeugen, 84 Geschützen und 1 Staffel MiG-23-Flugzeuge zur Luftverteidigung²⁴. In Kasachstan betreibt Rußland nach wie vor u.a. den Weltraumbahnhof Bajkonur (für den es allerdings nach kasachischen Angaben seit 1994 die vereinbarten Pachtzahlungen von 115 Mio. Dollar pro Jahr schuldig ist) und mehrere Truppenübungsplätze. In Tadschikistan sind die 201. Motorschützendivision (als Kernstück der sog. „Kollektiven Friedenstruppen der GUS in Tadschikistan“, zu denen noch symbolische Kräfte der Armeen Usbekistans, Kasachstans und Kirgisiens kommen) und Grenztruppen Rußlands stationiert.

Keine Militärkontakte in der GUS ohne Rußland. Moskau forciert einerseits die „Integration“ der GUS auch und gerade auf militärischem Gebiet; andererseits sind Beschwerden sehr verbreitet, daß „man die russischen Militärs aus dem postsowjetischen Raum verdrängen will“²⁵. Moskau sieht Militärkontakte der GUS-Republiken untereinander, in die es nicht ebenfalls involviert ist, prinzipiell als „antirussisch“ an und steht ihnen daher ebenso grundsätzlich skeptisch bis ablehnend gegenüber wie jeder militärischen Kooperation von GUS-Staaten (Manöver²⁶, Handel mit Rüstungsgütern) mit dritten - und vor allem westlichen - Ländern. Selbst eine Reise von NATO-Generalsekretär Javier Solana nach Mittelasien (März 1997) löste in Politik und Medien Rußlands erhebliche Aufregung und erboste bis schrille Reaktionen aus.

III.3. Separatismus in GUS-Republiken und die Rolle Rußlands

Von den baltischen Republiken abgesehen hatten Moldowa, Georgien und Aserbaidshans am aktivsten den Austritt aus der UdSSR betrieben. Gerade dort begannen dann bewaffnete separatistische Konflikte: Das Dnjestr-Gebiet versuchte sich von Moldowa abzuspalten, Aserbaidshans sah sich mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der armenischen Exklave

²² Vgl. Andrej Zagorski: Regionale Strukturen der Sicherheitspolitik in der GUS. Berichte des BIOst 9/1995, S.12.

²³ Zahlenangaben berechnet aus Izvestija 4.3.1998, S.3.

²⁴ The Military Balance 1997/98. London 1997, S.74.

²⁵ Vgl. z.B. Itogi 18.11.1997, S.18.

²⁶ Vgl. z.B. die Ereignisse um das Manöver „Sea Breeze 97“ (Österreichische Militärische Zeitschrift [ÖMZ] 6/1997, S.712f.).

Berg-Karabach konfrontiert, und Georgiens territoriale Integrität wurde von Abchasen und Südosseten in Frage gestellt.

Moldowa. Seit 1990 betrieb das Dnjestr-Gebiet, d.h. der Landesteil am linken, slawisch dominierten Ufer des Dnjestr, die Abspaltung. Im März 1992 griffen „Garden“ aus dem Dnjestr-Gebiet und Kosaken moldauische Polizeistationen im Bezirk von Dubossari an, und im Mai 1992 eskalierten die Kämpfe. Die damals von General Alexander Lebed kommandierte 14. russische Armee hat - im Unterschied zu bis heute immer wieder (auch von ihm selbst) kolportierten Behauptungen - den Krieg keineswegs „beendet“. Sie war auch nicht „neutral“: Zahlreiche Soldaten schlossen sich den Dnjestr-Kräften an. Lebed drohte, mit seinen Panzern „in zwei Tagen in Bukarest sein“ zu können²⁷. Am 21.7.1992, nachdem etwa 1.000 Menschen getötet worden waren, vereinbarten Rußland und Moldowa einen Waffenstillstand (der bis heute hält) und eine politische Lösung des Konflikts (die nach wie vor aussteht).

Aserbaidshjan. Im Februar 1988 erhob Berg-Karabach offiziell die Forderung nach Austritt aus Aserbaidshjan und Anschluß an Armenien. Es kam zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf die Karabach-Armenier (mit Unterstützung des Mutterlandes und russischer Söldner) bis zum bis heute geltenden Waffenstillstand im Mai 1994 den gesamten Südwesten Aserbaidshjans (ca. 20% des Staatsgebiets) unter ihre Kontrolle bringen konnten. Nach verschiedenen Angaben kamen 20.000 bis 50.000 Menschen ums Leben, 1 bis 1,5 Mio., in ihrer großen Mehrheit Aserbaidshjaner, wurden vertrieben oder mußten flüchten. Die Sympathien Moskaus in dem Konflikt lagen und liegen klar auf der Seite der Armenier. Im Februar 1997 machte der damalige russische GUS-Minister Tulejew darauf aufmerksam, daß Moskau in den vergangenen Jahren illegal in großem Umfang Waffen (angeblich u.a. 84 T-72 Panzer, 50 Panzerfahrzeuge, SCUD-Raketen und Ersatzteile) an Jerewan und Karabach geliefert hat.

Georgien. Nachdem sich Südossetien bereits seit 1990/91 der Regierung in Tiflis entzogen hatte, verlor die georgische Zentralmacht Ende September 1993 auch endgültig die Kontrolle über die Autonome Republik Abchasien, die sich wie Südossetien an Rußland anschließen wollte. Die Kampfhandlungen zwischen Georgiern und (von russischen Militärs und nordkaukasischen Kämpfern unterstützten) Abchasen sollen 30.000 Tote gefordert haben, und der gesamte georgische Bevölkerungsteil Abchasiens (ca. 250.000 Menschen) wurde vertrieben bzw. mußte flüchten.

Die Rolle Rußlands. Moskau hat diese Konflikte nicht ausgelöst, aber in Verfolgung seiner Interessen zweifellos instrumentalisiert: Moldowa, Georgien und Aserbaidshjan sahen sich 1993/94 veranlaßt, in die GUS einzutreten bzw. zurückzukehren, und Moskau konnte zwischen den Konfliktparteien - d.h. der jeweiligen Zentralmacht und den durchwegs prorussischen Separatisten, die bis heute jeweils bedeutende Teile des Staatsgebiets kontrollieren, „vermitteln“.

Eine wichtige Rolle spielen auch die im Dnjestr-Gebiet, in Abchasien, Südossetien und Tadschikistan stationierten russischen „Friedenstruppen“. Moskau warnt vor allem Moldowa und Georgien für den Fall des Abzuges dieser Einheiten immer wieder vor einem Wiederaufflammen von Kampfhandlungen. Es darf allerdings bezweifelt werden, daß die Sorge um den Frieden wirklich das entscheidende Motiv für die russische Militärpräsenz ist, denn Moskau hat - wenngleich vergeblich - sein eigenes Separatismusproblem in Tschetschenien mit einer großmaßstäblichen Militärintervention zu lösen versucht. Tatsächlich geht es ihm viel eher darum, den im Dnjestr-Gebiet, in Abchasien und

²⁷ Mitteilung des Vorsitzenden der moldauischen Radio- und Fernsehgesellschaft, Adrian Usaty, an den Verfasser; 9.9.1996 in Wien.

Südossetien herrschenden „Status quo“ (und damit die Existenz der dortigen separatistischen Regimes) zu sichern, bei Bedarf Druck auf Moldowa und Georgien auszuüben sowie aus seiner Sicht strategisch wichtige Gebiete (so vor allem das Dnjestr-Gebiet und die abchasische Schwarzmeerküste) zu kontrollieren. Georgische Hoffnungen auf Moskauer Unterstützung bei der Wiederherstellung der Einheit des Landes im Austausch für die erwähnte Überlassung von Militärbasen haben sich als unberechtigt herausgestellt. Im Herbst 1993 widersetzte sich Aserbaidschan dem Verlangen Moskaus nach Stationierung rein russischer „Friedenstruppen“. Daraufhin wurde das Zusammenspiel Rußlands und Armeniens bzw. Karabachs (wieder) offensichtlich: Die Karabach-Armenier begannen unverzüglich eine militärische Offensive.

Die Teilnahme von Soldaten aus dritten Ländern an Friedensmissionen in der GUS steht für Rußland wie erwähnt grundsätzlich nicht zur Diskussion. Es hat jedoch seit 1993 immer wieder Initiativen unternommen, dafür Mandate von UNO bzw. KSZE/OSZE zu erhalten und diese Organisationen die anfallenden Kosten bestreiten zu lassen. Damit wäre die Finanzierung von russischer Militärpräsenz in Krisengebieten der GUS zumindest teilweise auf westliche Steuerzahler überwältzt worden.

III.4. Keine „feindlichen“ Führungen in GUS-Staaten

Anfang der 90er Jahre verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in sämtlichen Nachfolgestaaten der UdSSR stark. Die Folgen waren eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und eine drastische Zunahme von organisierter Kriminalität und Korruption. Dazu kamen die dargestellten bewaffneten Nationalitätenkonflikte und allgemeine politische Instabilität. All das löste eine verbreitete Nostalgie nach der vermeintlich „guten, alten Zeit“ in der UdSSR aus, während Demokratie und Marktwirtschaft (von denen die meisten GUS-Republiken tatsächlich mehr oder weniger weit entfernt waren) sowie die Unabhängigkeit für die Probleme hauptverantwortlich gemacht wurden. Moskau konnte von dieser Stimmung insofern sehr rasch profitieren, als in mehreren ehemaligen Sowjetrepubliken Parteien und Einzelpersonlichkeiten Wahlerfolge erzielten, die mit Rußland sympathisieren bzw. ihm weit positiver gegenüberstehen als die zuvor tonangebenden nationaldemokratischen Kräfte.

Ukraine. Der Ukraine kommt als „Hauptobjekt der russischen Politik im postsowjetischen Raum“²⁸ eine Schlüsselrolle zu. Diese Politik beruht nach dem Eindruck einer demokratischen Moskauer Zeitung auf zwei Prämissen: „Die Unabhängigkeit Kiews ist eine vorübergehende Erscheinung“ und „die Ukrainer sind Sklaven von Öl und Gas aus Rußland“²⁹.

Die Ukraine ist aus historischen Gründen in einen von nationaldemokratischen Kräften, die den Anschluß an europäische und euro-atlantische Strukturen suchen, dominierten westlichen Landesteil und den russifizierten Süden und Osten, wo die prorussischen Linksparteien (Kommunisten, Sozialisten, Agrarier) stark sind, gespalten. Vor dem Hintergrund der tiefen Wirtschaftskrise waren und sind die Forderungen vor allem der Kommunisten nach „Wiedervereinigung“ mit Rußland bzw. Wiederherstellung der UdSSR durchaus populär. Die KP, die nach dem Putschversuch in Moskau im August 1991 verboten und erst 1993 wieder zugelassen worden war, siegte denn auch bei den Parlamentswahlen im März 1994; die nationaldemokratischen Parteien und Bewegungen erlitten eine empfindliche Niederlage. Im Juni des gleichen Jahres gewann der ehemalige Ministerpräsident Leonid Kutschma, der als

²⁸ So die Einschätzung der *Nezavisimaja gazeta* 9.1.1997, S.1.

²⁹ *Izvestija* 16.12.1995, S.3.

„Mann Moskaus“ galt³⁰, mit großen Mehrheiten in den östlichen und südlichen Landesteilen die Präsidentenwahlen gegen Amtsinhaber Leonid Krawtschuk, einen ehemaligen kommunistischen Parteifunktionär, der sich zum ukrainischen Patrioten gewandelt und das Land Ende 1991 in die Unabhängigkeit geführt hatte. Kutschma enttäuschte allerdings in der Folge die Erwartungen Rußlands wie auch vieler seiner Wähler: Er rückte von mehreren Wahlversprechen ab (so wurde Russisch nicht zur zweiten Staatssprache der Ukraine erhoben) und lehnte auch eine intensivere „Integration“ der Ukraine in GUS-Strukturen ab. Allerdings näherte er sich in der jüngsten Vergangenheit - offenbar im Hinblick auf die Parlamentswahlen am 29.3.1998 (die die Linksparteien überlegen für sich entschieden) und die für 1999 anstehenden Präsidentenwahlen - wieder Moskau an. So schloß er einen Beitritt der Ukraine zur NATO, der bereits (so unrealistisch er in der überschaubaren Zukunft auch ist) verschiedentlich diskutiert worden war, aus und setzte auf verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit Rußland, was sich u.a. in mehreren bilateralen Verträgen niederschlug. Sollte 1999 ein (pro)kommunistischer Kandidat zum Präsidenten gewählt werden, käme es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zumindest zu einem Anschluß der Ukraine an die seit 2.4.1997 bestehende „Union“ aus Rußland und Belarus, möglicherweise aber zu einem völligen staatlichen Zusammenschluß mit Rußland.

Belarus. Anfang 1994 sah sich Parlamentspräsident (damals auch Staatsoberhaupt) Stanislaw Schuschkewitsch, der stets Wert auf die Eigenständigkeit seines Landes gegenüber Rußland gelegt hatte, abgewählt. Im Juli 1994 wurde der Populist Lukaschenko mit 80% der Stimmen zum Präsidenten gewählt, der in der Folge ein autoritäres Regime etablierte. Er macht für Probleme und Mißerfolge bevorzugt innere (zuerst vor allem nationaldemokratische Bewegungen und Parteien, dann den Obersten Sowjet, den er im November 1996 unter Druck auflöste) und äußere (westliche Geheimdienste, die NATO, Polen, die katholische Kirche, ausländische Hilfsorganisationen) „Feinde“ verantwortlich und betrachtet sein Land explizit als „Rammbock gegen westliche Einflußnahme in der GUS“³¹. Er avancierte rasch zum Hoffnungsträger von russischen Kommunisten und Nationalisten, die sich von seiner Politik der möglichst engen „Integration“ mit Rußland mit der Perspektive der „Wiedervereinigung“ der beiden Länder starke Impulse für die Wiederherstellung der UdSSR erwarten. Tatsächlich darf davon ausgegangen werden, daß Lukaschenko bereit ist, die Unabhängigkeit seines Landes zu opfern, wenn er sich reale Chancen ausrechnet, Präsidentenwahlen in einem russisch-belorussischen Gesamtstaat zu gewinnen.

Moldowa. Bei den Parlamentswahlen im Februar 1994 siegten mit der Agrarpartei und dem Wahlbündnis „Jedinstwo“ (= Einheit) aus der KPdSU hervorgegangene Kräfte klar über Gruppierungen, die für eine Annäherung an Rumänien eintraten. Moldowa setzte in der Folge auf Abgrenzung von Rumänien und Wiederannäherung an Moskau. Bereits im April 1994 ratifizierte das Parlament den Vertrag über den Beitritt zur GUS, der vom alten Parlament noch abgelehnt worden war. Am 1.12.1996 wurde Parlamentspräsident Petru Lucinschi zum Präsidenten Moldowas gewählt. Er setzte sich das Ziel, gegenüber Rußland „zu einem Vertrauensverhältnis zurückzukehren“. Mit dem Ende der UdSSR sei „viel verlorengegangen“, was Moldowa mit Rußland verbunden habe. „Jetzt müssen wir ein neues Fundament bauen“³². Allerdings konnte auch Lucinschi die Jurisdiktion Chisinaus über das separatistische Dnjestr-Gebiet bisher nicht wiederherstellen. Bei den moldauischen Parlamentswahlen im März 1998 wurden die Kommunisten, die naturgemäß für ein besonders enges Verhältnis zu Rußland eintreten, mit fast 30% der Stimmen die mit Abstand stärkste Partei.

³⁰ Ernst Lüdemann: Ukraine. München 1995, S.74.

³¹ So Lukaschenko im November 1995 in einer Rede vor Provinzpolitikern; zitiert nach Heinz Timmermann: Politische Konfrontation in Belarus. Aktuelle Analysen des BIOst 59/1996, S.4.

³² Zitiert nach APA 079, 5.12.1996.

Georgien. Anfang Jänner 1992 wurde der nationalistische Präsident Swiad Gamsachurdia nach wochenlangen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen gestürzt. Der Plan zur Erstürmung seines Bunkers in Tiflis war im Moskauer Sicherheitsministerium ausgearbeitet worden³³. Anfang März 1993 kehrte der ehemalige KP-Chef von Georgien (1972-85) und zweimalige sowjetische Außenminister (1985-91, 1991) Eduard Schewardnadse nach Georgien zurück und übernahm die Macht.

Anfang Oktober 1993 begann in Westgeorgien ein Aufstand von Anhängern Gamsachurdias, den Schewardnadse erst mit Hilfe russischer Truppen – die nach seiner Erklärung, daß Georgien der GUS und dem Vertrag über kollektive Sicherheit beitreten wird, entsandt worden waren – niederschlagen konnte³⁴. „Letztlich war es der russischen Außenpolitik gelungen, Georgien der militärischen und politischen Hegemonie Rußlands zu unterstellen“³⁵.

Dennoch ist Schewardnadse in Rußland kaum beliebt. Nicht nur Militärs werfen ihm vor, als sowjetischer Außenminister den Verlust der sowjetischen Kontrolle über Mittelosteuropa mit verschuldet zu haben.

Im August 1995 und im Februar 1998 versuchten Terroristen, Schewardnadse in Tiflis zu ermorden. In Georgien ist die Überzeugung verbreitet, daß russische Geheimdienste hinter diesen Attentaten stehen. Moskau hat das natürlich immer kategorisch dementiert. In Georgien verweist man darauf, daß der damalige Staatssicherheitsminister Igor Georgadse, der als Drahtzieher des ersten Anschlages gilt, unmittelbar nach seinem Scheitern nach Rußland geflüchtet ist, das eine Auslieferung an Tiflis bis heute ablehnt. Für den zweiten Überfall machte Schewardnadse „sehr mächtige Kräfte“ verantwortlich, die den Transport von aserbaidischischem Erdöl durch eine Pipeline an die georgische Schwarzmeerküste unbedingt verhindern wollten³⁶ (vgl. Kap. IV.3.).

Aserbaidsschan. Im Juni 1993 stürzte Oberst Suret Gussejnow mit von der russischen Armee bewaffneten Einheiten den Mitte 1992 gewählten Präsidenten Ebulfez Eltschibey, der sich an die Türkei angelehnt und die noch in Aserbaidsschan verbliebenen russischen Truppen, ein Luftlanderegiment in Gjandzha, zum Verlassen des Landes aufgefordert hatte. Der ehemalige KGB-General Gajdar Alijew, der 1969-82 1. Sekretär der KP Aserbaidsschans (und dann fünf Jahre lang Mitglied des Politbüros der KPdSU) gewesen war, kehrte an die Macht in Baku zurück.

Auch wenn Aserbaidsschan im September 1993 den GUS-Vertrag ratifizierte, zeigte sich Alijew in der Folge gegenüber Moskau selbständiger als vielfach erwartet. Alijew lehnte eine Wiedereinrichtung russischer Militärstützpunkte ab und hielt an der führenden Rolle westlicher Konzerne bei der Erschließung aserbaidsschanischen Erdöls fest. Am 20.9.1994 unterzeichneten die staatliche Ölgesellschaft Aserbaidsschans (SOCAR) und ein Konsortium ausländischer Firmen den sog. „Jahrhundertvertrag“ über die gemeinsame Ausbeutung von drei großen off-shore-Feldern ca. 75 Kilometer vor Baku, auf dessen Grundlage man für ca. 50 Mrd. Dollar (davon 34 Mrd. für Aserbaidsschan) Öl fördern will (vgl. Kap. IV.3.). Wenige Tage später begann in Aserbaidsschan ein Staatsstreichversuch, den Alijew treue Armee-Einheiten jedoch unterdrücken konnten. Der Präsident beschuldigte dann Moskau öffentlich, bei dem Coup Regie geführt zu haben.

³³ Nach Itogi 28/1996, S.39.

³⁴ Vgl. Jürgen Gerber: Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956. Baden-Baden 1997, S.237f.

³⁵ Aschot Manutscharjan: Das unabhängige Georgien. In: Die politische Meinung 316/1996, S.59.

³⁶ Zitiert nach Neue Zürcher Zeitung (NZZ) 11.2.1998, S.1.

Tadschikistan. Das Land wurde 1992-96 von einem Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Landesteilen, Clans und Interessengruppen zerrissen, der 50.000 Todesopfer forderte, nach verschiedenen Angaben zwischen 250.000 und 700.000 Menschen vertrieb und zu einer weitgehenden Zerrüttung von Staat und Wirtschaft führte. Der seit Ende 1992 in der Hauptstadt Duschanbe residierende Präsident Emomali Rachmonow kontrollierte zeitweise nur etwa ein Viertel des Territoriums des Landes. Er hätte sich ohne politische, wirtschaftliche und vor allem militärische Unterstützung Rußlands keinesfalls halten können. Das Mandat der GUS-„Friedenstruppen“ schließt zwar formal eine Einmischung in den innertadschikischen Machtkampf aus, doch davon konnte in der Praxis keine Rede sein. Sie haben immer wieder - u.a. mit schweren Waffen - auf der Seite Rachmonows eingegriffen. „Die russischen ‚Friedenstruppen‘ verhalten sich nicht neutral, sondern unterstützen eindeutig das undemokratische, kommunistische Regime des amtierenden Präsidenten Rachmonow. Ihre Aktivitäten sind als GUS-Einsatz getarnt. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Intervention der russischen Truppen“³⁷. In Moskauer Lesart sind die „Friedenstruppen“ und die an der Grenze zum Bürgerkriegsland Afghanistan, das zum Großteil von den in Rußland gefürchteten fundamentalistischen Taliban beherrscht wird, eingesetzten russischen Grenztruppen dagegen ein „stabilisierender Faktor“; ihr Abzug steht - auch vor dem Hintergrund des Moskauer Interesses an tadschikischen Bodenschätzen (u.a. Uran) - trotz nicht unerheblicher Verluste an Menschen und Material nicht zur Diskussion.

Am 27.6.1997 schlossen Rachmonow und die „Vereinigte Tadschikische Opposition“ (OTO) ein Friedensabkommen, auf dessen Grundlage die OTO an der Regierung beteiligt wurde. Dies dürfte jedoch nicht zu einem Kurswechsel in Dushanbe führen: OTO-Spitzenvertreter Hatschi Akbar Turadzhozoda, seit Anfang März 1998 1. Vizepremier, erklärte, künftig „im Rahmen des entstandenen offiziellen Kurses“ (des Rachmonow-Regimes, M.M.) tätig sein zu wollen³⁸.

III.5. Wirtschaft

Die meisten GUS-Staaten sind wirtschaftlich - und vor allem bei Roh- und Brennstoffen - stark von Rußland abhängig. Wegen ihrer durchwegs eklatanten Zahlungsschwierigkeiten häuften sie rasch enorme Schulden bei Moskau an, das es verstanden hat, daraus auch politische Vorteile zu ziehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Riesenkonzern „Gazprom“, der 95% des russischen Gases fördert und im Jahr ca. 50 Mrd. Kubikmeter Gas in die GUS und das Baltikum liefert. Die Exportstrategie von „Gazprom“ zielt darauf ab, Handels- und Zahlungsbeziehungen mit den anderen GUS-Staaten mit Investitionen sowie dem Erwerb von Eigentumsrechten an Objekten der Gaswirtschaft und Unternehmen, die mit diesen kooperieren, zu verbinden. Der Konzern nutzt die finanzielle Notlage seiner Kunden zielstrebig aus, indem er um das ihm geschuldete Geld Aktien der nationalen Gasgesellschaften kauft, um sich in den Besitz eines Kontrollpakets zu setzen³⁹. U.a. auf diese Weise bringt „Gazprom“ strategisch wichtige Anlagen in den GUS-Republiken - Raffinerien, Pipelines usw. - unter seine Kontrolle. Aus dem russischen GUS-Ministerium verlautete denn auch, daß dies für Rußland vorteilhaft ist und „vollkommen seinen nationalen Interessen entspricht“⁴⁰.

³⁷ Henrik Bischof: Der Krieg in Tadschikistan. Zusammenprall der Zivilisationen? Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Außenpolitikforschung. Studie zur Außenpolitik Nr. 71. Bonn, Oktober 1996, S. 27.

³⁸ Zitiert nach Krasnaja zvezda 12.3.1998, S.3.

³⁹ Ruslan Grinberg/Lidija Kosikova: Rußland und die GUS. Auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Berichte des BIOst 50/1997, S.21.

⁴⁰ Nach Izvestija 28.2.1998, S.1.

„Gazprom“ ist keineswegs „nur“ ein Energieversorger, sondern ein gewichtiger Faktor der russischen Innenpolitik sowie Instrument und gleichzeitig Mitinitiator dessen, was Rußland als seine außenpolitischen Interessen ansieht. Der Konzern hat immer wieder gezeigt, daß er bereit und in der Lage ist, GUS-Staaten und Bulgarien (siehe unten) direkt unter Druck zu setzen, um sie gegenüber Moskau gefügiger zu machen. So stellte „Gazprom“ der Ukraine im August 1993 für einige Tage das Gas ab, um sie vor dem Hintergrund der damals gerade aktuellen Kontroverse um die Schwarzmeerflotte an ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland zu „erinnern“⁴¹. Ende Oktober 1996 begann der Bau des neuen Erdgasleitungssystems „Jamal - Europa“ durch das aus russischer Sicht politisch „zuverlässige“ Belarus. „Gazprom“-Chef Rem Wjachirew, zweifellos einer der mächtigsten Männer Rußlands, drohte der Ukraine offen damit, „Jamal - Europa“ bis zum Jahr 2005 voll auszubauen (womit der Transit durch die Ukraine überflüssig würde und sie dafür keine Gebühren mehr einnehmen könnte, M.M.), wenn sie sich nicht „loyaler gegenüber Rußland verhält“⁴². Eine ähnliche Politik wie „Gazprom“ verfolgt auch der Ölkonzern „LUKoil“, der seine Positionen v.a. in Kasachstan und Aserbajdschan zielstrebig ausgebaut hat. Insgesamt ergibt sich ein eindeutiges Bild - „Moskau versucht ..., den alten Energiekomplex der Sowjetunion mit den dazugehörigen Infrastrukturen (Pipelines) der Nachbarstaaten seiner Kontrolle zu unterstellen“⁴³.

Rußland hat noch weitere Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und in weiterer Folge auch politischen Einflußnahme auf die anderen GUS-Republiken. So vergibt es staatliche Kredite an GUS-Staaten gegen die Verpfändung von Industrievermögen. Russische Banken sind auf den Finanzmärkten der GUS-Länder höchst aktiv, und russische Unternehmen machen sich die Privatisierungen in den GUS-Staaten zunutze. Ein Ende Februar 1998 von den Präsidenten Rußlands und der Ukraine unterzeichneter Wirtschaftsvertrag, der bis zum Jahr 2007 gelten soll, gesteht russischen Firmen eine bevorzugte Teilnahme an der Privatisierung in der Ukraine zu. Damit wird der Einfluß des russischen Kapitals in der Ukraine (weiter) gestärkt. Zudem wickelt die Ukraine fast die Hälfte ihres Außenhandels mit Rußland ab. Sie wird auch in Zukunft wirtschaftlich eng mit ihm verflochten bleiben.

Weitere erwähnenswerte GUS-Integrationsprojekte mit wirtschaftlichem Schwerpunkt, aber großer politischer Relevanz sind der „Vertrag über die Vertiefung der Integration auf ökonomischem und humanitärem Gebiet durch Rußland, Belarus, Kasachstan und Kirgisien“ (29.3.1996), der u.a. auf eine Zollunion abzielt. Das Gründungsdokument der „Gemeinschaft souveräner Republiken“ aus Rußland und Belarus (2.4.1996) und die „Union von Belarus und Rußland“ (2.4.1997) sahen jeweils u.a. einen gemeinsamen Markt und die Schaffung von Bedingungen zur Einführung einer gemeinsamen Währung vor. Beides zeichnet sich jedoch bisher nicht ab.

IV. Potentielle Krisen und Konflikte

IV.1. Baltikum

Ein aus der Sicht Rußlands gewichtiges Problem sind die „Russischsprachigen“ v.a. in Estland und Lettland. Diese beiden Staaten gewährten bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit nur jenen Personen, die bereits 1940 (als sie von der UdSSR okkupiert worden waren)

⁴¹ Vgl. Elaine Holoboff: The FSU energy debt: Russia's Trojan Horse? In: Jane's Intelligence Review 8/1997, S.352.

⁴² Nach Segodnja 29.10.1996, S.7.

⁴³ Alexander Rahr: Die Sicherung der Energietransportwege. Eine strategische Aufgabe für Rußland. In: Internationale Politik 1/1997, S.26.

die entsprechende Staatsbürgerschaft besessen hatten, und deren Nachkommen automatisch die Staatsbürgerschaft. Die Bevölkerung Estlands und Lettlands besteht jeweils zu einem großen Teil nicht aus Vertretern der Titularnation⁴⁴, und die Behörden wollten den während der Sowjetzeit eingewanderten Slawen und ihren Nachkommen, deren Loyalität sie bezweifelten, die Staatsbürgerschaft nicht ohne weitere Formalitäten - so in Prüfungen zu dokumentierende Sprachkenntnisse - gewähren. Damit wurde der Großteil der „Russischsprachigen“, die nach 1945 angesiedelt worden waren (darunter zahlreiche Militärpensionisten), staatenlos.

Die Stimmung gegenüber dem Baltikum ist in Rußland emotional außerordentlich aufgeheizt. Es gehört zu den festen Überzeugungen des gesamten politischen Establishments wie auch der Öffentlichkeit, daß die „Russischsprachigen“ in Estland und Lettland „unterdrückt“, „diskriminiert“, „in ihren Menschenrechten verletzt“, „Menschen zehnter Klasse“, „vom Genozid bedroht“ sind; selbst Kosyrew befürchtete „ethnische Säuberungen“ und die „Errichtung von Konzentrationslagern“ (!) im Baltikum⁴⁵.

Immer wieder erheben sich in Rußland Forderungen nach Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Estland und Lettland. Dazu kommen wiederkehrende Drohungen mit Gewalt und Besetzung. Wladimir Schirinowskij, dessen radikal nationalistische „Liberaldemokratische Partei Rußlands“ (LDPR) die Dumawahlen im Dezember 1993 überlegen gewann, schrieb in seinem Buch „Der letzte Sprung in den Süden“: „Lettland wird zu Rußland gehören. Innerhalb Rußlands wird es einen kleinen litauischen Staat geben“⁴⁶. Anfang 1994 tauchte eine von Schirinowskij gezeichnete Karte einer „Neuordnung“ der osteuropäischen Grenzen auf, die die baltischen Länder - mit der Ausnahme von „Stadtstaaten“ Tallinn und Kaunas - als Teile Rußlands zeigte⁴⁷.

Dem Moskauer „Institut für Verteidigungsforschungen“ (INO BIS) zufolge gibt es in Estland und Lettland „ungesetzliche, antidemokratische Regimes, analog zu denen früher in Südafrika und Südrhodesien“. Der „diskriminierte Teil der Bevölkerung“ (gemeint: die „Russischsprachigen“, M.M.) habe „das Recht“, „eigene parallele Behörden und bewaffnete Einheiten zu schaffen“ und sich - „im Falle der Gewaltanwendung“ gegen ihn - um bewaffnete „Unterstützung“ an Rußland zu wenden. Litauen erkenne den „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ (= Hitler-Stalin-Pakt, M.M.) nicht an. Daher hätten Rußland und Belarus „das Recht“, sich Kleipeda und die Region von Vilnius „zurückzuholen“. Rußland besitze zudem „das Recht, eine ganze Reihe von baltischen Funktionären zu verhaften und einem russischen Gericht zu übergeben“. Wegen des Baltikums werde im Westen niemand mit Rußland kämpfen⁴⁸. Letzteres wird in Rußland immer wieder betont, und daran kann tatsächlich kein Zweifel bestehen.

KPRF-Chef Sjuganow erklärte, daß „Gott“ den Balten keine natürliche Ressourcen gegeben habe. „Alles, was sie jetzt haben, haben sie von Rußland erhalten“. Daher dächten „einige russische Politiker“ daran, „Panzer in die baltischen Staaten zu schicken“⁴⁹. In der russischen Presse wird immer wieder über Gewaltanwendung gegen die baltischen Staaten spekuliert, z.B. unter dem Titel „Wird Gratschow das Baltikum besetzen?“⁵⁰. Im russischen

⁴⁴ Estland (1996): Esten 64,6%, Russen 28,5%, Ukrainer 2,6%, Belorussen 1,5%; Lettland (1994): Letten 56,9%, Russen 30,2%, Belorussen 4,3%, Ukrainer 2,7% (nach Der Fischer Weltalmanach 1998. Frankfurt a.M. 1997, Sp. 272, 459).

⁴⁵ Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 1.4.1996, S.6.

⁴⁶ Vladimir Zirinowskij: Poslednij brodok na jug. Moskva 1993, S.126.

⁴⁷ Vgl. Le Monde 29.1.1994; New Times International (Moscow) 7/1994, S.25.

⁴⁸ INOBIS-Bericht, in Segodnja 20.10.1995, S.3; Deutsch in Osteuropa 6/1996, A277ff.

⁴⁹ Interview, in Izvestija 5.3.1996, S.5. bzw. zitiert nach FAZ 4.5.1996, S.1.

⁵⁰ Komsomol'skaja pravda 27.10.1995, S.6.

Generalstab existieren längst Pläne, die „zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung“ einen Einmarsch vorsehen⁵¹.

Auch eine bevorstehende Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO wurde als möglicher Grund für eine russische Besetzung bezeichnet, und jeder Versuch der NATO, dies zu verhindern, „wird von Rußland als Präludium zu einer nuklearen Weltkatastrophe betrachtet“⁵². Der bekannte Politologe Sergej Karaganow urteilte, daß eine „Einbeziehung“ der Balten in die NATO geeignet sei, „eine militärpolitische Krise mit tragischen Folgen für Rußland, das Baltikum und ganz Europa zu provozieren“⁵³. Zudem ist die Meinung anzutreffen, daß es für Rußland im Falle einer Krise „beinahe ein strategischer Zwang“ wäre, „die Verbindungslinien nach Kaliningrad effektiv zu sichern, was in der Praxis eine Eroberung baltischer Gebiete bedeuten würde“⁵⁴.

Die russischen Drohungen haben nicht bewirkt, daß die baltischen Staaten von ihrem Kurs auf Mitgliedschaft in der NATO abgewichen wären. Sie besitzen allerdings in der überschaubaren Zukunft keine Chance, auch aufgenommen zu werden.

IV.2. Ukraine/Krim

Im Westen ist häufig die Auffassung anzutreffen, daß Moskau mit dem russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag vom 31.5.1997 die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine endgültig anerkannt habe. Allerdings haben Rußland und die Ukraine - damals noch als Sowjetrepubliken - einander bereits in einem Vertrag am 19.11.1990 als „souveräne Staaten“ anerkannt und volle territoriale Integrität zugesagt⁵⁵. Das konnte jedoch in Rußland seit Anfang 1992 - ganz im Sinne des „patriotischen Konsenses“⁵⁶ - zahlreiche Kommunisten, Nationalisten und „Demokraten“ nicht davon abhalten, eine „Rückgabe“ der Krim, zumindest aber der strategisch wichtigen Hafenstadt Sewastopol (die den Hauptstützpunkt der Schwarzmeerflotte beherbergt) zu fordern. Das russische Parlament (Oberster Sowjet wie Staatsduma) hat mehrere entsprechende Beschlüsse gefaßt, und der populäre Bürgermeister von Moskau, Jurij Luzhkow (ein Verbündeter Jelzins und wahrscheinlicher Kandidat bei den nächsten russischen Präsidentenwahlen) drohte im Dezember 1996 zur „Lösung des Status von Sewastopol“ im russischen Fernsehen sogar mit Gewalt.

Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (1989) waren ca. zwei Drittel der 2,4 Mio. Einwohner der Krim Russen, wozu noch ein Viertel Ukrainer (von denen ca. die Hälfte Russisch als Muttersprache angaben) und zahlreiche Minderheiten kamen. Es besteht kein Zweifel, daß die große Mehrheit der Russen für einen Anschluß der Halbinsel an Rußland eintritt, und es gab auch immer wieder entsprechende offizielle Initiativen⁵⁷.

Bisher ist es nicht zu bedeutenden politisch motivierten bewaffneten Zusammenstößen gekommen, doch deren Wahrscheinlichkeit würde drastisch zunehmen, wenn z.B. der Oberste Sowjet (Parlament) der Krim unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Unabhängigkeit der Halbinsel bzw. den Anschluß an Rußland verkündet und - wie bereits

⁵¹ Vgl. Nezavisimaja gazeta 17.5.1995, S.1; Nezavisimaja gazeta 7.10.1995, S.1.

⁵² So ein Entwurf einer russischen „Verteidigungsdoktrin“, nach Komsomol'skaja pravda 29.9.1995, S.2.

⁵³ Gastkommentar, in: Nezavisimaja gazeta 27.2.1997, S.5.

⁵⁴ Pekka Visuri: Die Sicherheitslage der baltischen Staaten. Berichte des BIOst 4/1997, S.23.

⁵⁵ Vgl. Wjatcheslaw Pichowschek/Inna Pidluska: Hauptaspekte der Militärpolitik der Ukraine. In: ÖMZ 3/1997, S.257f.

⁵⁶ Vgl. a.a.O. (Anm. 1), S.1183.

⁵⁷ Vgl. Martin Malek: Die europäische Dimension der Sicherheitspolitik Rußlands. Grundlagen - aktuelle Entwicklungen - Perspektiven. Wien 1997, S.82ff.

mehrmals angedroht - eine entsprechende Volksabstimmung abzuhalten versucht. In einem solchen Fall könnte die Regierung in Kiew unter Hinweis auf eine akute Gefahr des Zerfalls des Staates die Sicherheitskräfte einsetzen. Separatistische Russen hätten keine Schwierigkeiten, sich aus den Lagern der Schwarzmeerflotte mit Waffen zu versorgen. Sehr wahrscheinlich würden paramilitärische Verbände ukrainischer Nationalisten eingreifen, und auch die nach wie vor vom Trauma der kollektiven Deportation nach Mittelasien 1944 gezeichneten Krimtataren dürften eine Abspaltung von der Ukraine kaum widerstandslos hinnehmen. In der Folge würde die Führung in Moskau - auch unter innenpolitischem Druck - wohl kaum passiv bleiben und der Schwarzmeerflotte den Auftrag erteilen, die Russen auf der Krim wenn nötig gewaltsam zu „schützen“. Es ist somit nicht undenkbar, daß sich aus der andauernden latenten politischen Krise auf der Krim ein großer osteuropäischer Konflikt entwickelt.

IV.3. Die Ressourcen des Kaspischen Meeres

Rußland versuchte geraume Zeit, eine Beteiligung westlicher Firmen an der Ausbeutung des Erdöls im aserbajdschanischen Sektor des Kaspischen Meeres zu verhindern. Es bestritt das Recht Aserbajdschans, in dieser Angelegenheit selbständige Entscheidungen zu treffen, weil das Schelf des Kaspischen Meeres nicht abgegrenzt sei und daher nur von allen Anrainerstaaten „gemeinsam“ genutzt werden dürfe. Das Moskauer Außenministerium erklärte dann auch den erwähnten „Jahrhundertvertrag“ vom September 1994 für „unrechtmäßig“, obwohl auch „LUKoil“ mit 10% beteiligt worden war: Es befürchtete, daß daraus eine russische Anerkennung einer aserbajdschanischen Hoheit über die off-shore-Ölfelder abgeleitet werden könnte⁵⁸. Nach übereinstimmenden Meldungen von Medien aus Moskau und Aserbajdschan bezeichnete Kosyrew gegenüber Tschernomyrdin den Ölvertrag als „Bedrohung der russischen Sicherheit“ und regte „politische, ökonomische und finanzielle Sanktionen“ gegen Baku an⁵⁹. Das russische Außenministerium sandte an die Botschaften Aserbajdschans, Turkmenistans und Kasachstans in Moskau Noten, in denen es hieß, daß sich Rußland „das Recht vorbehält, jene Maßnahmen zu ergreifen, die es für nötig hält, und zu jener Zeit, die es für angebracht hält, um die verletzte Rechtsordnung wieder herzustellen. Die ganze Verantwortung, darunter möglicher materieller Schaden, tragen jene, die einseitige Tätigkeiten unternehmen“⁶⁰. Nach Einschätzung von Jurij Fjodorow, Professor am Moskauer staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), waren diese Formulierungen „mit ihrer Grobheit am Rand des für die diplomatische Korrespondenz Annehmbaren“ und bedeuteten „nichts anderes als eine offene Drohung mit Gewalt“⁶¹. Am 5.10.1994 reichte Rußland bei der UNO ein Memorandum ein, in dem wieder jede angebliche „einseitige Handlung“ im Kaspischen Meer als „illegal“ bezeichnet wurde. Das Kaspische Meer sei ein Binnengewässer, sodaß die Seerechtskonvention von 1982 nicht angewendet werden könne. Auch dieses Dokument endete mit der Drohung, die „gesetzliche Ordnung wiederherzustellen und die Folgen einseitigen Handelns zu beseitigen“⁶². Das INOBIS forderte „praktische - darunter, wenn nötig, auch gewaltsame - Schritte, um jegliche Tätigkeit ausländischer Gesellschaften auf dem Gebiet der Ölförderung im früher sowjetischen Teil des Kaspischen Meeres bis zur Bestimmung seines juristischen Status zu verhindern“; Aserbajdschan solle, wenn nötig, durch Drohungen mit armenischen Angriffen auf Gjandzha und Ewlach gefügig gemacht werden⁶³.

⁵⁸ Eberhard Beckherrn/Alexej Dubatow: Öl im kaukasischen Feuer. Bonn 1997, S.217.

⁵⁹ Nach Moscow News 42/1994.

⁶⁰ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 29.9.1994.

⁶¹ Jurij Fedorov: Kaspijskij uzel. In: MEMO 4/1996, S.91.

⁶² Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, 29.7.1995, S.18.

⁶³ A.a.O. (Anm. 48).

Aserbaidzschans verlangte eine Regelung gemäß dem internationalen Seerecht mit einer 200-Meilen-Zone bzw. bei geringerer Breite - was beim Kaspischen Meer der Fall ist - die Anwendung des Äquidistanzprinzips, wonach es alleine über den ihm zufallenden Teil des Meeres entscheiden könnte. Selbst wenn man das Kaspische Meer als Binnengewässer definiert, bliebe immer noch der Umstand, daß bei der Mehrzahl der Binnengewässer mit verschiedenen Anrainerstaaten das Prinzip der Realteilung angewendet wird (z.B. Neusiedler See, Genfer See, Tschadsee u.a.). Zudem bemühte Rußland eine angebliche „gemeinsame Verantwortung für die empfindliche Ökologie“ des Kaspischen Meeres. Es dürfte allerdings klar sein, daß es Moskau weniger um ein abstraktes „Recht“ an sich noch um eine „empfindliche Ökologie“ ging, sondern darum, daß es bei einer Realteilung des Kaspischen Meeres keine Sektoren mit off-shore-Ölfeldern erhielte.

Moskau konnte seine ursprüngliche Position allerdings nicht durchsetzen. Nun spricht es sich dafür aus, den Meeresboden (mit allen Ressourcen) zwischen den Anrainerstaaten zu teilen und die Wasseroberfläche „gemeinsam“ zu nutzen. Kasachstan hat dem bereits zugestimmt⁶⁴.

In Rußland wird den USA immer wieder vorgeworfen, ihren Einfluß in der Kaspischen Region auf Kosten Moskaus erweitern zu wollen. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, General Lew Rochlin, wollte „nicht ausschließen“, daß es „in zehn bis 15 Jahren“ zu einem „Zusammenstoß der Interessen Rußlands und der USA am Schelf des Kaspischen Meeres“ kommt⁶⁵. Rußland hat (im Unterschied zu den USA) in der Region - auch im Hinblick auf die Krisenregion Kaukasus - ein bedeutendes Militärpotential konzentriert. So verfügt der Militärbezirk (MB) Nordkaukasus über ca. 70.500 Mann nur an Bodentruppen, womit er nur noch vom MB Moskau übertroffen wird⁶⁶. Gratschow hatte schon im Juli 1994 gemeint, daß die Kräfte des MB Nordkaukasus in der Lage sein sollen, „jegliche Kampfhandlungen sowohl in einem lokalen wie auch in einem ‚großen‘ Konflikt zu führen“; ihnen könnten „in jedem Moment die verantwortungsvollsten Aufgaben in- wie außerhalb des MB, darunter Kampf, gestellt werden“⁶⁷.

Umstritten war und ist auch der Abtransport des aserbaidzschanischen Erdöls, den der Kommandeur der russischen Kaspiflotte, Vizeadmiral V. Masorin, „eine der drängendsten geopolitischen Fragen Rußlands“ nannte⁶⁸. Rußland will ihn unbedingt durch über sein Territorium führende Pipelines abwickeln, womit potentielle Abnehmer von ihm abhängig würden⁶⁹. Am 9.10.1995 fixierte man (auf Anregung von US-Präsident Bill Clinton) in Baku eine „Doppellösung“, derzufolge das Öl sowohl durch Rußland (u.a. über Tschetschenien) zum Schwarzmeerhafen Noworossijsk („nördliche Variante“) als auch - in unmittelbarer Nähe zu russischen Militärstützpunkten - über Georgien in die Türkei („südliche Variante“) geleitet werden soll⁷⁰.

IV.4. Nordkasachstan

Im Norden Kasachstans stellen die Russen eine klare Mehrheit. Es gab und gibt hier - wie auch in Rußland selbst - immer wieder Forderungen nach Grenzänderungen bzw. Anschluß an Rußland. Eine bewaffnete Konfrontation drohte bisher jedoch nicht, und das ethnisch und

⁶⁴ Nach Nezavisimaja gazeta 21.2.1998, S.4; Krasnaja zvezda 3.3.1998, S.3.

⁶⁵ Zitiert nach Krasnaja zvezda 15.11.1996, S.1.

⁶⁶ A.a.O. (Anm. 24), S.110.

⁶⁷ Zitiert nach Segodnja 30.6.1994.

⁶⁸ V. Masorin: Problemy kaspiskogo morja. In: Morskoj sbornik 7/1997, S.23.

⁶⁹ Vgl. dazu den Gastbeitrag von Curt Gasteyer, in FAZ 7.5.1996, S.12.

⁷⁰ Das Parlament 36/1996, S.7.

religiös überaus inhomogene Kasachstan, in dem die Titularnation weniger als die Hälfte der Bevölkerung stellt, ist auch nicht - wie nach seiner Unabhängigkeit Ende 1991 vielfach vorhergesagt - zerfallen bzw. in innere Wirren gestürzt. Außenpolitisch hat Präsident Nursultan Nasarbajew sein Land in einer Balance zwischen Rußland, dem Westen und China gehalten, wenngleich Moskau zweifellos nach wie vor sein erster Ansprechpartner ist.

Die bisherige relative innere Stabilität Kasachstans erscheint jedoch keineswegs definitiv gesichert. Vor diesem Hintergrund ist auch die Entscheidung Nasarbajews zu interpretieren, die Hauptstadt von Alma-Ata in die im Norden gelegene unwirtliche, russisch geprägte Steppenstadt Akmola (früher Zelinograd) zu verlegen. Offiziell werden als Gründe für dieses äußerst kostspielige Unternehmen die Übervölkerung Alma-Atas (1,2 Mio. Einwohner), die dortige Umweltverschmutzung, die Nähe der Stadt zur chinesischen Grenze und ihre angebliche Lage in einer erdbebengefährdeten Zone angegeben, doch kann es keinen Zweifel geben, daß Nasarbajew hofft, durch die Aufwertung Akmolas irredentistischen Bestrebungen in Nordkasachstan den Boden zu entziehen. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit dies berechtigt war.

V. Konsequenzen für den Westen

Die von Rußland angestrebte „Integration“ in der GUS wird im Westen entweder ignoriert oder sogar verbal unterstützt. So meinte Clinton Mitte 1994, daß er nichts gegen eine „Wiedervereinigung“ der früheren Sowjetrepubliken einzuwenden habe, wenn das dem Willen der Mehrheit der einzelnen Völker entspreche⁷¹. Die damalige UNO-Botschafterin der USA, Madeleine Albright, sagte nach einer Reise durch Kaukasien und Mittelasien im Herbst 1994 (d.h. während des Bürgerkrieges in Tadschikistan und kurz vor der russischen Intervention in Tschetschenien): „Die russische Präsenz in Transkaukasien, im Kaukasus sowie im prorussischen Mittelasien garantiert dort die Befolgung von Menschenrechten und Demokratie. Ich glaube, daß man Rußland die Rolle des Garanten der Stabilität auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR anvertrauen kann“⁷². Damit ist ein im Westen dominierender Ansatz gut charakterisiert, auch wenn Moskau seine Aktivitäten durchaus unabhängig vom Vertrauen von Frau Albright entfaltet: Rußland wird als „Ordnungsmacht“ auf dem Gebiet der GUS angesehen. Daher besteht aus Sicht der westlichen Staaten auch keine Notwendigkeit, Moskau zur vollen Achtung der Unabhängigkeit der anderen GUS-Staaten anzuhalten und ihnen echte Alternativen zur „Integration“ mit Rußland anzubieten. Der Westen war „weder bereit, sich bei der Regelung zahlreicher Konflikte (in der GUS, M.M.) zu engagieren, noch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzelner GUS-Staaten wirksam zu unterstützen. Hierdurch wurden mehrere GUS-Staaten sicherheits- und wirtschaftspolitisch auf Moskau zurückverwiesen“⁷³.

Bezeichnend in diesem Sinne waren die westlichen Reaktionen auf die erwähnte bewaffnete Eskalation des Konflikts zwischen der Zentralregierung von Moldowa und der separatistischen „Dnjestr-Republik“ 1992: Das Außenministerium der USA warnte Rumänien vor Waffenlieferungen an Moldowa, während es gleichzeitig jede Kritik an der „Dnjestr-Republik“ und Rußland vermied. Dies war dem Jelzin-Berater Andranik Migranjan zufolge ein Wendepunkt in der russischen Politik gegenüber Moldowa, da sich die ursprüngliche

⁷¹ Interview mit Clinton, in *Izvestija* 5.7.1994, S.1.

⁷² Zitiert nach *Osteuropa* 1/1996, A 10.

⁷³ Andrei Zagorski: Die GUS zwischen Integration, Desintegration und Stagnation. In: *Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation*. BIOst, Jahrbuch 1996/97. München/Wien 1997, S.370.

Annahme des Moskauer Außenministeriums und demokratischer Exponenten, daß Rußland angesichts der Intervention der 14. Armee auf der Seite der „Dnjestr-Republik“ internationale Kritik droht, als unbegründet erwies. „Der Westen fürchtete ... , daß jede kräftige Reaktion gegenüber Rußland ... die herrschenden Demokraten zu sehr belasten würde, und schreckte deshalb vor jedem ernsthaften Protest zurück. Darauf verschob sich die Position des Außenministerium hin zur bedingungslosen Verteidigung der Dnjestr-Republik ... heute vertreten so gut wie alle politischen Kräfte ähnliche Positionen gegenüber Moldowa“⁷⁴. Der US-Politologe Allen Lynch sah Auswirkungen der moldauischen Krise 1992 auf die gesamte GUS-Politik Rußlands: Damals habe der Prozeß „zu einer Wiederherstellung einer Hegemonieposition in dem von russischen Strategen so genannten ‚geopolitischen Raum‘ Rußlands“ begonnen. Er sei „mit der stillschweigenden Einwilligung, wenn nicht gar Billigung der Westmächte, einschließlich der Vereinigten Staaten“, abgelaufen⁷⁵.

Selbst das Vorgehen der Dumamehrheit im März 1996, die Auflösung der UdSSR für „ungültig“ zu erklären, löste im Westen nur wenige und überaus zurückhaltende Reaktionen aus. Nach wenigen Tagen war die Angelegenheit vergessen, und einige Monate später bescheinigte die schwedische Parlamentspräsidentin Birgitta Dahl der Duma bei einem Besuch „demokratische Reife“⁷⁶. Rußland fühlt sich durch die westliche Passivität naturgemäß in seinem Kurs bestätigt. Obwohl man, wie erwähnt, ständig öffentlichkeitswirksam beklagt, daß der Westen die „Integration“ in der GUS hintertreiben wolle, ist man sich andererseits natürlich bewußt, daß „die inoffizielle Anerkennung der besonderen Interessen Rußlands in der GUS ein vollendetes Faktum ist“⁷⁷.

Das Interesse der westlichen Öffentlichkeit an Vorgängen in Krisengebieten der GUS ist sehr beschränkt. Auch in der politischen Klasse nimmt die Bereitschaft, sich mit den Problemen von Ländern zu befassen, die erst Ende 1991 auf der Landkarte erschienen sind, proportional zu deren Entfernung von Mitteleuropa ab. Menschenrechtsschutz in der GUS ist selbst angesichts von Flüchtlingsströmen und „ethnischen Säuberungen“ großen Ausmaßes (wie vor allem in Abchasien, Südossetien und Aserbaidshan) kein Thema breiteren Interesses im Westen. Dort wurde auch die Militärintervention in Tschetschenien gleichmütig aufgenommen und weitgehend als „innere Angelegenheit“ Rußlands betrachtet. Allerdings hätten auch kleinere Staaten wie Österreich die Möglichkeit, in internationalen Organisationen und Gremien (UNO, EU, Europarat usw.) auf die erheblichen humanitären Defizite in der GUS aufmerksam zu machen und Abhilfen anzuregen.

Eine Schlüsselposition nimmt die Ukraine ein. Es gibt zwar zahlreiche westliche Bekenntnisse zur großen Bedeutung ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität für die Sicherheit in Europa (- dies ist u.a. in der am 9.7.1997 zwischen der NATO und der Ukraine abgeschlossenen „Charter on a Distinctive Partnership“ verankert), doch ziehen es die Staatskanzleien Europas und Nordamerikas vor, zu den wiederkehrenden russischen Gebietsansprüchen (Krim, Sewastopol) zu schweigen. Daraus könnte Moskau irgendwann den Schluß ziehen, daß der Westen auch bereit wäre, eine „Rückkehr“ der Krim und eventuell auch der Ostukraine oder sogar eine völlige Wiederangliederung der Ukraine an Rußland zu billigen. Zudem steht nach wie vor die Möglichkeit einer Vereinigung von Rußland und Belarus im Raum.

Jede dieser Varianten wäre dazu angetan, das politische, militärische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis in Eurasien erheblich zugunsten Rußlands zu verschieben. Dies beträfe

⁷⁴ Gastbeitrag, in: Nezavisimaja gazeta 18.1.1994.

⁷⁵ Allen Lynch: Der Einfluß des Militärs auf die Außenpolitik Rußlands. In: Europa-Archiv 15/1994, S.440.

⁷⁶ Zitiert nach Segodnja 18.10.1996, S.9.

⁷⁷ So Irina Kobrinskaja, Mitarbeiterin des USA- und Kanada-Instituts der RAN (Gastbeitrag, in Segodnja 27.9.1996, S.9).

zunächst das Baltikum und die zu diesem Zeitpunkt noch nicht der NATO angehörenden Staaten Ostmitteleuropas, wo Moskau zweifellos auf erhöhtes „Verständnis“ für seine Anliegen drängen würde. Zumindest diese Staaten würden sich von der NATO erwarten, daß sie den gestiegenen Einfluß Rußlands in Osteuropa ausbalanciert. Die beste Lösung wäre aber, es gar nicht zu derartigen neuen Spannungen zwischen Moskau und dem Westen bzw. einer erweiterten NATO kommen zu lassen und stattdessen bereits jetzt auf bilateraler Ebene wie auch in internationalen Organisationen die Demokratisierung, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit sämtlicher GUS-Staaten aktiv, d.h. politisch, wirtschaftlich und humanitär, zu unterstützen. Die NATO könnte außerdem Sicherheitsgarantien für die Ukraine und (bis zu einer Mitgliedschaft) die baltischen Staaten erwägen. Diese würden das Sicherheitsgefühl dieser Staaten zweifellos beträchtlich erhöhen, und wenn Rußland - wie es immer behauptet - ein vollkommen friedliches Land ist, ist kein Grund zu sehen, aus dem es sich durch solche rein defensive Deklarationen herausgefordert fühlen könnte.

Schließlich ist festzuhalten, daß man sich in Rußland der strategischen Dimension der Energiepolitik erheblich stärker bewußt ist als im Westen. Das zeigen nicht nur russische Ankündigungen, auf eine Osterweiterung der NATO mit einer „Westerweiterung von 'Gazprom'“ zu reagieren. Als Bulgarien nach einem Regierungswechsel 1997 Kurs auf Mitgliedschaft in EU und NATO nahm, verschlechterten sich seine Beziehungen zu Rußland erheblich, was sich sofort auf die Verhandlungen über ein neues Lieferabkommen für Gas auswirkte. Sofia warf „Gazprom“ vor, an über dem Weltmarktniveau liegenden Preisen festhalten zu wollen. Der Konzern unternimmt auch Anstrengungen, das bulgarische Gasleitungsnetz - und damit einen wichtigen Verteilerknoten auf dem Balkan - unter seine Kontrolle zu bekommen. Er hat allerdings in Form eines Konglomerats von privaten Gas- und Ölgesellschaften bereits jetzt starke Positionen in Bulgarien⁷⁸.

Vor dem Hintergrund der Bereitschaft russischer Energieversorgungsunternehmen, zur Erreichung politischer Ziele Moskaus beizutragen, kann es nicht im Interesse potentieller westlicher Verbraucher liegen, sich von ihnen abhängig zu machen.

Dr. Martin MALEK
Projektgruppe Internationale Friedenssicherung (PGIF) der
Landesverteidigungsakademie im BMLV, Wien

⁷⁸ Nach Itogi 49/1997, S.44.